

05.02.2010

Haushalts-Rede 2010 Stadtallendorf

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren,

bis vor einer guten Stunde das einzig Besondere an dem heutigen Tag für mich wäre, dass ich erstmals in meiner parlamentarischen Laufbahn an einem Tag zwei Haushaltsreden halten muss: Erst morgens beim Kreis und heut' Abend bei der Stadt; nun kommt noch was anderes hinzu, erstmals ist es mir als Fraktionsvorsitzendem der Opposition vergönnt, als Erster zu reden – meine Fraktionskollegen haben schon mal scherzhaft gesagt: „Das musst Du einfach machen, um Dich dran zu gewöhnen wie das ist, wenn Du der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion bist.“ – Also insofern will ich, insofern will ich dieser Verpflichtung jetzt gerne nachkommen und bei meinen Ausführungen als Erstes wie in jedem Jahr bei denen bedanken, die zur Erstellung des diesjährigen HH-Plans beigetragen haben. Auch in diesem Jahr zeigt der Plan, dass mit viel Aufwand ein schwieriges Werk vollbracht wurde. Dafür den Dank meiner Fraktion und von mir.

Beginnen bei meinen Ausführungen will ich mit den beiden Eigenbetrieben.

Da ist zunächst der Wirtschaftsplan der **Stadtwerke**.

Hier ist besonders positiv hervorzuheben, dass auch in diesem Jahr keine Gebührenerhöhungen eingeplant sind, bzw. werden mussten.

Der jetzt noch planerisch ausgewiesene Jahresverlust von 180 T€ wird wohl noch im Vollzug des Jahres geändert werden, wie in den letzten Jahren auch. Somit weist der Erfolgsplan die Voraussetzungen für eine positive Bewertung auf.

Gleiches gilt für den Vermögensplan, der ein Volumen von 2,9 Mio. € bei 809 T€ Darlehensaufnahme ausweist. Die größten Einzelmaßnahmen sind im Bereich Abwasser die Leitung im Bereich Waldstraße mit 525 T € und die Regenrückhaltebecken im Gewerbegebiet Nord-Ost mit 250 T€. Im Bereich Wasser ist die Tiefzonenleitung bis zum Behälter mit 600 T € veranschlagt. Ebenso gibt es die ersten Anlaufkosten für den Neubau des Baubetriebshofs.

Alles Maßnahmen, die unsere Unterstützung erfahren, so dass insgesamt der Wirtschaftsplan der Stadtwerke auch eine Zustimmung von uns erhalten wird.

Der wichtigste Veränderungspunkt ist der Übergang der Stadthalle, der sich im Wirtschaftsplan mit 961 T€ und im Vermögensplan mit 11,5 Mio. € niederschlägt.

Der investive Bereich ist auch sonst sehr umfangreich: Neubau einer 6-gruppigen Kinderkrippe (2,1 Mio. €), Neubau der Rettungswache (1,41 Mio. €), Erwerb der Postimmobilie (1 Mio. €), und der Neubau des Baubetriebshofs. Alles Maßnahmen, die wir hier in der Stadtverordnetenversammlung abgesegnet haben, und die unsere Zustimmung finden.

Sehr positiv ist hervorzuheben, dass in diesem Wirtschaftsplan die eingeplante Defizitzuweisung von Seiten der Stadt vollständig aufgelistet ist: 2 Wohnungen, das Arbeitsamt und die Postimmobilie verursachen rund 130 T € Defizit, das die Stadt begleichen muss. Mit solchen Grundlagen können wir Stadtverordnete sinnvoll entscheiden, ob wir bereit sind, entsprechende Defizite zu zahlen. Denn die Zahlungen gehen nicht mehr in einem großen Gesamtplan unter, sondern sie sind direkt zuordenbar. Ähnliche Klarheit würde ich mir für viele andere Positionen in den von uns zu beschließenden Plänen mit finanziellen Inhalten wünschen.

Auch bei diesem Wirtschaftsplan werden wir Sozialdemokraten zustimmen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich jetzt zum Haushalt der Stadt an sich kommen.

Sehen wir uns zunächst die **Eckdaten des Haushalts** an:

36,29 Mio. € ordentlichen Erträgen stehen 43,37 Mio. € ordentliche Aufwendungen gegenüber. Das macht 7,08 Mio. € Defizit im ordentlichen Ergebnis.

Für den Hessentag sind 2,32 Mio. € außerordentliche Erträge eingeplant bei 5,18 Mio. € außerordentliche Aufwendungen, das macht 2,86 Mio. € Defizit im außerordentlichen Ergebnis.

Damit weist der Plan 9,94 Mio. € als Gesamtdefizit im Ergebnishaushalt aus. Das, meine Damen und Herren, ist das **katastrophalste Ergebnis eines Jahresanfangshaushalts aller Zeiten (!!!)**. Beim bisher schlimmsten Jahr 2009 waren es am Anfang 9,14 Mio. €, die erst im Nachtrag auf 11,9 Mio. € angehoben werden mussten.

Mit 16,81 Mio. € schlagen sich die Investitionen im Finanzhaushalt nieder. Allerdings sind davon 11,5 Mio. € allein für den Übergang der Stadthalle an Dul vorgesehen. Für die Investitionen sind 1,05 Mio. € neue Kreditaufnahme vorgesehen.

Insgesamt 9,09 Mio. € beträgt der jahresbezogene Finanzmittelfehlbedarf im Finanzplan.

Soweit die einfachen, niederschmetternden Zahlen.

Lassen Sie uns die Veränderungen näher anschauen:

Die ordentlichen Erträge weisen ein Minus von 0,18 Mio. € auf. Davon resultieren 480 T € aus dem Rückgang der Steuern, von diesen sind 90 % (430 T€) geringere Gewerbesteuererinnahmen. Ohne die von uns hier gemeinschaftlich beschlossene Steuererhöhung hätte der Rückgang 1,9 Mio. € betragen.

Die ordentlichen Aufwendungen zeigen ein Minus von 2,6 Mio. €, das entspricht 5,6 % des Volumens.

Im Einzelnen **steigen** die Zinsaufwendungen um + 190 T €, die Personalkosten um + 470 T € und die Kosten für Sach- und Dienstleistungen um + 600 T €. Bei diesen ist besonders anzumerken, dass durch die Bemühungen um Haushaltskonsolidierung Einsparungen in Höhe von 1,7 Mio. € erzielt wurden. Sonst hätten die Erhöhungen dieser Kosten sich auf + 2,3 Mio. € belaufen.

Gesunken sind die Abschreibungen um - 430 T € und die Umlagen an den Landkreis um sogar - 3,45 Mio. €. Dies ist allerdings „erkauft“ durch die schlechteren Einnahmen der Stadt.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen bei den Personalaufwendungen um 5 % (von 3,17 auf 3,3 Mio. €), die Versorgungsaufwendungen steigen sogar um 19 % (von 1,62 auf 1,92 Mio. €). Insgesamt ergibt das eine Steigerung über 10 % (von 4,51 auf 4,97 Mio. €), und dabei sind die Personalkosten der neuen Kita weitgehend noch nicht enthalten.

Personalkostensteigerungen in dieser prozentualen Größenordnung sind nicht so, dass sie ohne eine nachvollziehbare tiefergehende Begründung eine Zustimmung erfahren können.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen um rund 595.000 €, damit um 5,6 %. Wie bereits gesagt ist das der Nettobetrag, resultierend aus 2,3 Mio. € Erhöhungen und 1,7 Mio. € Verringerungen.

Bei dieser Kostengruppe kostet allein schon die Instandhaltung des Kunstrasenplatzes 300.000 €. Eine Ausgabe, die sicherlich notwendig und unaufschiebbar ist und bei einer zeitlichen Verschiebung voraussichtlich noch höhere Kosten verursachen würde.

Aber es sind auch 210 T € für die Planung eines Radwegekonzeptes und 120 T € für die Erfassung der Gebäudeleerstände, vor allem in Niederklein, enthalten. Mit diesen Ansätzen werde ich mich später noch vertiefend beschäftigen.

Die Transferaufwendungen: steigen um 51.000 €; also um 1,7 %. Dabei ist der größte Veränderungsposten der um 61.500 € höhere Defizitausgleich an Dul.

Betrachten wir jetzt das **Außerordentliche Ergebnis zum Hessentag**. Die separate Darstellung in einem eigenen Produkt ist nach wie vor positiv.

Bemerkenswert ist, dass bei den Investitionen zum Hessentag 700 T € für den Bahnhofsumbau veranschlagt sind, eine Maßnahme, die lange nach dem Hessentag noch ihre Wirkung entfaltet.

Bereits im letzten Jahr habe ich ausgeführt, dass die Einnahmeerwartungen unrealistisch sind, vor allem was die Zuschüsse angeht. Es bleibt bei dieser Feststellung. Und sie ist heute noch begründeter als letztes Jahr.

Damit sind die Fehlbeträge von 2,86 Mio. € dieses Jahr und 2,54 Mio. € letztes Jahr, also gesamt: 5,4 Mio. € nicht sicher ermittelt, sondern sehr spekulativ.

Hier erklärt das Team, dass man sich um eine Reduzierung des Defizits beim Hessentag bemühen werde und diese Zahlen den schlimmsten anzunehmenden Fall darstellen. Wir hoffen sehr, dass diese Einschätzung in Erfüllung geht.

Denn der Hessentag ist von uns Sozialdemokraten vom Grunde her gewollt und wird von uns voll unterstützt. Auch das mit dem Hessentag verbundene Defizit wird akzeptiert. Es ist nicht durch Entscheidungen der städtisch Verantwortlichen mit letzter Konsequenz bestimmbar. Wir erwarten, dass alles zur Verbesserung der Gesamtrechnung des Hessentags getan wird: Sparsamkeit bei den Ausgaben, Kreativität und Konsequenz bei den Einnahmen.

Dieses Defizit im außerordentlichen Ergebnis ist für die Gesamtbeurteilung des Haushalts für uns Sozialdemokraten nicht entscheidend.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns als letztes den **Finanzhaushalt** betrachten.

Sein Fehlbetrag beträgt 9,1 Mio. €, im Vorjahr waren es noch 17,2 Mio. €.

Bei Investitionen für 16,8 Mio. € entfallen 11,5 Mio. € auf den Transfer der Stadthalle. Damit bleiben also nur 5,3 Mio. € reine Investitionen übrig. Für diese werden 1,05 Mio. € neue Kredite aufgenommen.

Die wichtigsten Investitionen sind:

Der Transfer der Stadthalle mit 11,5 Mio. €, 650 T € für Grunderwerb, 2,25 Mio. € Straßenbau (u. a. 600 T € für die Ferrero Umgehung und 350 T € für die P+R - Anlage am Bahnhof) und 405 T € für den Ausbau des Heinz Lang Parks.

Da 7 Mio. € Kredite aus 2009 erst noch in 2010 aufgenommen werden, werden wir am Jahresende 12,99 Mio. € Gesamtschulden haben.

In der HH-Rede des Bürgermeisters 2010 führte er aus:

Ab 2011 muss es Ruhe bei den Investitionen geben, denn die Investitionen von heute sind die Abschreibungen von morgen und damit ein Teil der Folgekosten. Er stellt fest: Weitergehende Anstrengungen zur Verbesserung der Haushaltssituation sind notwendig, eine grundsätzliche Neudefinition des städtischen Leistungsangebotes muss erfolgen.

In dieser Einschätzung wird er ausdrücklich von uns unterstützt.

Meine Damen und Herren, welche Gründe führt der Bürgermeister für den schlechten Gesamtzustand des Haushalts in seiner HH-Rede an?

Da ist zunächst die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Gefolge der Finanzkrise, die landesweit wegbrechende Steuereinnahmen verursacht hat. Dem kann nicht ernsthaft widersprochen werden. Natürlich sind wir ein Teil des gesamtwirtschaftlichen Gefüges, dessen Erschütterungen auch bei uns ankommen. Und sie sind leider nicht lokal beeinflussbar. Auch hier geben wir dem Bürgermeister ausdrücklich Recht.

Als zweites führt er an, dass die Aufwendungen nicht beliebig senkbar seien. Auch hier hat er Recht. Man kann keine Verwaltung zum Nulltarif arbeiten lassen.

Als drittes spricht er von neuen Aufwendungen und erwähnt exemplarisch die Kinderkrippe. Auch in diesem Punkt ist ihm nicht zu widersprechen. Allerdings muss man kritisch darauf hinweisen, dass man hier nicht Veränderungen beklagen kann und darf, wenn man an anderer Stelle an deren Zustandekommen selber mitgewirkt hat oder zumindest nichts dagegen getan hat.

Meine Damen und Herren, kommen wir zu unserer **Bewertung des Haushaltes:** als Ganzes:

Im Vorjahr hatte ich ausgeführt (ich zitiere mich einmal selber):
„Von den Eckdaten her ist der Haushalt katastrophal, aber

1. Reste aus Vorjahren (untechnisch gesprochen) gleichen dieses Jahr aus
2. Die Veränderungen zum Schlechten sind in solchen Größenordnungen, wie sie auftreten, nicht von der Verwaltung beeinflussbar, so dass dieser keine ursächliche Schuld an dem Finanzstatus zu geben ist

Damit kann für dieses eine Jahr der Verwaltung Absolution erteilt werden.“

Soweit meine Ausführungen letztes Jahr.

Und einen weiteren Punkt führte ich für unsere letztjährige Entscheidung an:
Vom Bürgermeister wurde avisiert: Eine Neupositionierung des städtischen Angebotes erfolgt nach dem Hessestern.

Dem wurde von uns nicht nur nicht widersprochen, sondern es wurde ausdrücklich unterstützt. Aber wir sahen Vorschläge zur künftigen Konsolidierung des Haushaltes bereits früher als notwendig an als dies vom Bürgermeister spätestens August 2009 versprochen wurde.

Das waren für uns die unverzichtbaren Voraussetzungen, damit der Haushalt 2009 in seiner Struktur durch die StVV mit uns zusammen beschlossen werden konnte. Wir sagten, dass dies nur so, mit diesen Komponenten, insgesamt verantwortbar sei. Für die Stadt, für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, das war ein großer Vertrauensvorschuss von uns als Opposition, und das in besonders prekären Zeiten!!!

Und wie sieht es heute aus?

Die Eckdaten sind immer noch katastrophal (ob mehr oder weniger ist dabei eine akademische Frage). Es sind keine Reste aus Vorjahren mehr da, die die Gesamtbetrachtung verschönern helfen.

Vorschläge zur Konsolidierung sind vom Bürgermeister und von der Verwaltung nicht in der großen Form gekommen, wie von uns gefordert und gehofft.

Aber es kam der Arbeitskreis zur Haushaltskonsolidierung. Und dieser machte seine Arbeit diesmal sehr ernsthaft, und getragen von einem großen Bemühen, gemeinsam zu einem Einsparerfolg zu kommen.

Man sieht dieses Bemühen durchaus am Ergebnis: 1,7 Mio. € bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung, 1,5 Mio. € bei Steuern. Das kann sich sehen lassen.

Was man dabei nicht mehr sieht ist, wie schwer einem teilweise die Entscheidungen fielen, wie sehr man sich von Wünschen oder scheinbaren Selbstverständlichkeiten trennen musste. Wie hart es einem ankam, Belastungen praktisch für alle Bereiche zu beschließen.

Und doch hat man es gemeinsam vollbracht.

Denn es war damit die Hoffnung verbunden, dass insgesamt eine Wandlung beginnt: Mit unseren Entscheidungen hofften wir, die Zeichen in Richtung Sparsamkeit gesetzt zu haben. Vorgelebt zu haben, wie wir Stadtverordnete politisches Kalkül und Außenwirkung hintanstellen, weil die Größe der finanziellen Probleme eine große Anstrengung verlangt. Eine Anstrengung, über das normale Maß hinaus. Mit der Bereitschaft, sich anfeinden zu lassen. Für das absolut notwendige Ziel der Sparsamkeit.

Dieser Wechsel, meine Damen und Herren, ist aber nicht gekommen: Das Denken und Handeln in der Verwaltung und vor allem in ihren verantwortlichen Teilen hat sich nicht geändert. Und das ist niederschmetternd.

Die Richtigkeit meiner Einschätzung erkennt man an den von mir angesprochenen Positionen wie 210 T € für ein Radwegekonzept oder 120 T € für die Erfassung der Gebäudeleerstände.

Dabei ist doch einfach festzustellen: Wenn man kein Geld hat, und das ist beim Defizit unsers Haushalts ja wohl so, dann kann man sich Dinge wie diese nicht leisten, egal wie sinnvoll sie auch im Grunde sein können.

Wie verquer die Denkstrukturen sind und wie weit weg sie von der Erkenntnis der Sparnotwendigkeit sind, sieht man an den in den Beratungen in den Ausschüssen vorgebrachten Begründungen: Für das Radwegekonzept sei jetzt noch ein Zuschuss zu bekommen. Meine Frage ist: Na und? Was haben wir von einem Zuschuss und

einem – auf Schulden finanzierten – Radwegekonzept, wenn wir hinterher absehbar gar nicht das Geld haben, um überhaupt Radwege zu bauen? Und was nützt uns das Konzept noch in 10 Jahren? Sind da die Anforderungen nicht vielleicht ganz andere? Zahlen wir dann noch einmal für eine Konzeptneuformulierung? Hier erkennt jeder leicht die fehlende Sinnhaftigkeit einer solchen Ausgabenentscheidung.

Noch unakzeptabler beim Gebäudeleerstand. Da wird überhaupt keine Begründung mehr geliefert. Die Thematik wird außerhalb der Stadtverordnetenversammlung überlegt und entschieden. Oder habe ich hier eine entsprechende Beratung der Stadtverordnetenversammlung verpasst?

Man sieht in der Verwaltung keine Notwendigkeit, diese Ausgabe überhaupt gegenüber der Stadtverordnetenversammlung zu begründen, zu legitimieren. Es sind ja auch nur 120.000 €, was ist das schon verglichen mit mehreren Millionen Defizit.

So kann man denken, und so denkt man im Rathaus anscheinend auch. Immer noch. Und genau das ist falsch!

Die wirtschaftliche Entwicklung entschuldigt viel. Der Steuerrückgang kann nicht von jetzt auf gleich ausgeglichen werden. Der Hesttag, als einmaliges herausragendes Ereignis, begründet viele zusätzliche Kosten. Auch das Defizit daraus ist vom Grunde her nicht verwerflich. Das sei alles eingestanden und der Verwaltung konzidiert.

Aber wenn es schon soviel nicht beeinflussbares gibt, dann darf man an den Stellen, die man selber beeinflussen kann, nicht unsolid agieren. Dann muss man jeden einzelnen Euro zu sparen versuchen. Denn jeder jetzt mit Defizit ausgegebene Euro muss irgendwann in der Zukunft wieder hereingeholt werden. Und das ist im allgemeinen schwerer und weniger von einem selbst bestimmbar als der Verzicht auf das Ausgeben jetzt.

Das ist eine allgemein richtige „Lebensweisheit“, oder besser „Finanzweisheit“. Schon um deren Willen hätte es in der Verwaltung irgendetwas oder irgendjemanden geben müssen, der solche Ansätze wie die eben von mir angesprochenen nicht hätte bis in den Haushalt kommen lassen dürfen.

Noch gravierender ist das Fehlen solcher Sparkontrollmechanismen, wenn man vorher über den Arbeitskreis zur Haushaltskonsolidierung genau diese Sparaufgabe von den Stadtverordneten abverlangt hat. Hätte dieses Gremium keine Sparbeschlüsse zustande gebracht, dann wäre das jetzt aufgetretene Verhalten der Verwaltung nachvollziehbar.

Aber wir haben Sparergebnisse erzielt. Wir hätten erwarten dürfen, dass unser Ansatz von der Verwaltung in ihrem Handeln nicht nur umgesetzt wird, sondern dass die Verwaltung ein Bemühen zeigt, unsere Einsparüberlegungen noch zu toppen, einen noch größeren Einspareffekt zu erzielen. Denn kein Stadtverordneter kann einen Mitarbeiter der Verwaltung zu sparsamem Verhalten zwingen. Wir können – und wollen – nicht neben den Mitarbeitern stehen und jedes Mal sagen, wo man sparen kann. Das wäre sowohl nicht leistbar, als auch nicht zumutbar.

Aber wir müssen erwarten dürfen, dass jeder einzelne in dieser Verwaltung bei sich den Maßstab der Sparsamkeit anwendet. Im Kleinen wie im Großen.

Und diese Erwartung kann man nicht haben, wenn Ausgaben wie die von mir angesprochenen vorgesehen werden.

Mit solchen Ansätzen werden die von den Stadtverordneten mühsam erzielten Einsparungen nicht nur zum großen Teil wieder aufgezehrt, sie verhöhnen auch die Bemühungen der Stadtverordneten.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten stehen zu den wichtigen Punkten in diesem Haushalt:

- Die Verursachung weiter Teile des Defizits durch strukturelle Einflüsse, die wir in Stadtallendorf nicht bestimmen können.
- Die Notwendigkeit, den Hessentag mit seinem Defizit zu finanzieren.
- Die Einsparungen und Belastungen, die wir im Arbeitskreis Haushaltssicherung besprochen und vereinbart haben.

Aber gerade weil wir dazu stehen, sind wir über die aufgezeigte fehlende Sparhaltung der Verwaltung so nachhaltig empört, dass wir nicht bereit sind, dies hinzunehmen. Und dafür hat man bei einer Haushaltsberatung in einem doppelten Haushalt nur eine nachhaltige Möglichkeit der Reaktion: Die Ablehnung.

Und diese werden wir wählen: Wir lehnen den Haushalt der Stadt Stadtallendorf für das Jahr 2010 ab.

Möge diese Entscheidung eine Wirkung zum Wohl der Stadt entfalten. Wenn nicht, dann wird der Stadt kaum mehr zu helfen sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.